

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	38 (1946)
Heft:	6
Artikel:	Das wirtschaftliche Chaos in Oesterreich
Autor:	Burckhardt, Martin
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-353244

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die Alliierten angesichts der Absichten, wie sie in dem zitierten Abschnitt zugegeben werden, auch ihrerseits fragen, ob sie nicht am Scheideweg stehen? Müssten sie sich nicht allmählich darüber klar werden, dass sich Pläne für Oesterreich und Südosteuropa nur verwirklichen lassen, wenn es nicht nur Pläne des « industriellen Ausdehnungsdranges », sondern solche der Zusammenarbeit und der tatsächlichen Hilfe sind? Auch die schönsten Lösungen der Konferenzen der Aussenminister und anderer Instanzen werden ohne solche Absichten nie wahrhafte Lösungen sein und Europa nicht dienen können.

R.

Das wirtschaftliche Chaos in Oesterreich

Von Martin Burckhardt.

Die nach dem ersten Weltkrieg erfolgte Zerschlagung des österreichisch-ungarischen Staatengebildes war, politisch gesehen, überfällig und unvermeidbar. Sie entsprach dem Wunsche der in Frage kommenden Völker und der Logik der geschichtlichen Entwicklung. Sie hätte zum Aufbau Europas und zur Neutralisierung jener Kräfte beitragen können, die in die Richtung eines zweiten Weltkrieges trieben, wenn nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Konsequenzen gezogen worden, das heisst, wenn wirtschaftlich jene Donau-Föderation errichtet worden wäre, die Oesterreich hätte am Leben erhalten und den ganzen Balkan zum übrigen Europa in eine komplementäre (das heisst gegenseitig ergänzende) Beziehung hätte bringen können. Dieser Schritt ist von den siegreichen Westmächten unterlassen und zum Teil sogar hintertrieben worden. Wien und Oesterreich, ehemals Kopf und Hirn eines lebensfähigen wirtschaftlichen Gebildes, verkümmerten und verarmten. Der Weg für alle Lösungen der Verzweiflung, das heisst für Faschismus und Nationalsozialismus, war, europäisch gesehen, bereit. Das Schicksal ging seinen Weg.

Wie stehen die Dinge heute? Die Lage ist, wenn dies überhaupt möglich und vorstellbar ist, noch schlimmer als nach dem letzten Krieg! Zu den alten ungelösten Schwierigkeiten gesellen sich — wie die nachstehenden Artikel eines in Wien lebenden und wirkenden österreichischen Gewerkschafters zeigen — ungezählte neue Schwierigkeiten. Werden sie um so schlimmere Folgen haben oder wird endlich hüben und drüben die Besinnung einsetzen?

R.

Nach der Besetzung Oesterreichs durch Nazideutschland wurde die österreichische Volkswirtschaft sofort einer durchgreifenden Aenderung ihrer Struktur unterworfen. Im Zusammenhang mit der deutschen Aufrüstung wurde auch Oesterreich in diesen Prozess eingegliedert und ausserdem mit aller Energie und allen Mitteln Oesterreichs Volkswirtschaft nazifiziert. Soweit die Besitzer der Betriebe nicht schon vorher Nationalsozialisten waren,

wurden die Betriebe mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln Nationalsozialisten in die Hände gespielt und solcherart der ganze Wirtschaftsapparat mit Nationalsozialisten besetzt. Die ersten Handlungen der in Oesterreich eingedrungenen braunen Faschisten waren darauf gerichtet, alle vorhandenen Rohstoffe und Halbfabrikate sofort unter Kontrolle zu stellen. Durch dieses rasche Zugreifen wollte man die verschiedenen Hilfsquellen sofort der deutschen Kriegsproduktion dienstbar machen, denn schon damals herrschte in Deutschland an manchen Rohstoffen grosser Mangel. Daneben wurden alle vorhandenen Bestände an Lebensmitteln, Kleidern, Schuhen und sonstigen Bedarfsartikeln nicht nur im grossen, sondern auch im Kleinhandel aufgekauft, und nur allzu rasch waren die vordem gefüllten Lager leer. Hitlers Sprung nach Oesterreich war ihm vor allem ein Mittel, Oesterreichs Wirtschaft und seine Rohstoffquellen der deutschen Kriegsmaschinerie einzugliedern. Nur allzubald setzte der Mangel an verschiedenen Lebensmitteln ein, und Kleider und Schuhe wurden rar. Bei Kriegsbeginn wurde das schon vorbereitete Kartensystem in Kraft gesetzt und Oesterreich nunmehr zur Gänze der deutschen Kriegsmaschinerie eingegliedert. Die Zeit des Krieges selbst ist durch eine systematische Ausplünderung der Bodenschätze Oesterreichs gekennzeichnet. Ebenso wurde vor allem der österreichische Wald in unverantwortlicher Weise gelichtet. Da in Deutschland die kriegswichtigen Betriebe durch die Flieger der Alliierten immer wieder schwer getroffen wurden, verlegte man ohne Rücksicht auf die eigene Wirtschaft Oesterreichs wichtige Betriebe nach Oesterreich. Diese Verlagerung der Betriebe nahm ungeheure Kräfte in Anspruch. Für die in Nord- und Westdeutschland zerstörten Betriebe mussten in Oesterreich neue Betriebe aufgebaut werden, und man brachte deren Einrichtungen nach Oesterreich. Andere Industriezweige wurden zum Verkümmern gebracht. Mit einem Wort: die österreichische Volkswirtschaft war nur noch ein Teil der gesamten Kriegswirtschaft Nazideutschlands.

Die österreichischen Arbeiter und Angestellten wurden zum deutschen Militär gepresst. An ihre Stelle traten immer mehr ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene, die gezwungen in Oesterreich arbeiten mussten. Als gegen Kriegsende das Vordringen der russischen Truppen Oesterreich der Front immer näher brachte, wurde ein Teil der österreichischen Arbeiter und Angestellten zum Bau von Befestigungen verwendet, der andere Teil zum Eintritt in den sogenannten « Volkssturm » gezwungen. Diese halb militärischen Organisationen waren der letzte Trumpf Hitlers. Viele Arbeiter und Angestellten entzogen sich der Einrückung. Das Unglück für Oesterreichs Arbeiterschaft und Volkswirtschaft trat restlos dadurch ein, dass der Krieg sich über Oesterreich zog und die Fronten später inmitten Oesterreichs erstarrten. Die reichsdeutschen Truppen, vor allem die SS, zerstörten

bei ihrem Rückzug nicht nur fast alle Brücken, Eisenbahnknotenpunkte und sonstigen Verkehrswege und Verkehrszentren, sondern führten auch die Verkehrsmittel weg, vernichteten zum Teil Betriebe, raubten Betriebseinrichtungsgegenstände und brachten diese nach dem Westen, in der Hoffnung, dort doch noch einen letzten Widerstand leisten zu können. Vielfach geschahen die Dinge völlig planlos und ohne Zusammenhang mit dem schon tatsächlich eingetretenen Zusammenbruch des gesamten deutschen Militärapparates. Die Volkssturmtruppen wurden ebenfalls verschleppt, um im westlichen Gebiet mit den Deutschen Widerstand leisten zu können. Die Rote Armee hielt damals ihre quer durch Oesterreich gehenden Stellungen. Vom Westen her drangen die Alliierten vor, nahmen die in Oesterreich befindlichen Truppen gefangen und rückten bis zur Front der Roten Armee vor.

Die Linie, in der sich die Rote Armee und die Truppen der Alliierten trafen, wurde zur Demarkationslinie und geht quer durch Oesterreich. Späterhin wurden die Truppen der Roten Armee aus Steiermark abgezogen. Zur Zeit liegen Niederösterreich, das Burgenland, einige Bezirke von Wien und ein Teil von Oberösterreich in der russischen Zone. Wien selbst ist zonenweise von den vier Besetzungsmächten besetzt. Die innere Stadt wird von den Alliierten gemeinsam verwaltet. Westlich und südlich der Hauptdemarkationslinie ist die Besetzung wieder zonenweise auf die einzelnen Mächte verteilt. Steiermark und Kärnten sind von den Engländern besetzt, Oberösterreich und Salzburg von den Amerikanern und Tirol und Vorarlberg von den Franzosen. Es bestehen also neben der ersten Demarkationslinie noch jene zwischen den Besetzungszenen im Westen. Während in der Stadt Wien die Besetzungszenen eigentlich nicht sichtbar sind, der Verkehr von einer Zone in die andere ungehindert vor sich geht und auch in verwaltungstechnischer Beziehung keine besonderen Unterschiede vorhanden sind, steht es mit den grossen Demarkationslinien wesentlich anders. Bis vor einigen Monaten reichte die Gesetzgebung und auch die Verwaltungshoheit der in Wien von den drei demokratischen Parteien gebildeten Regierung nur bis zur Demarkationslinie.

Am 25. November 1945 fanden allgemeine demokratische Wahlen statt. Aus ihnen gingen das Parlament und die Regierung hervor, die von den Alliierten anerkannt ist. Erst in der letzten Zeit ist es endlich so weit gekommen, dass die österreichische Gesetzgebung auch für die westlichen Bundesländer Oesterreichs in Geltung kommt, und der Verwaltungsapparat, der früher der zentralen Gewalt unterstand, nunmehr ebenfalls wieder der Bundesregierung untersteht. Trotzdem ist die Handhabung der Gesetze nicht einheitlich. In politischer und verwaltungstechnischer Beziehung ist jedoch die restlose Konsolidierung nur noch eine Frage kurzer Zeit.

Anders steht es auf wirtschaftlichem Gebiet. Einen Warenverkehr zwischen den einzelnen Zonen gibt es fast nicht. Wenn auch von Lockerung gesprochen wird, so ist sie doch noch nicht eingetreten. Es ist zum Beispiel unmöglich, von einer Zone in die andere Rohstoffe oder Halbfabrikate zu führen, sondern jede Zone bildet ein nach verschiedenen Grundsätzen geführtes Wirtschaftsgebiet, das viel mehr wirtschaftliche Beziehungen mit jenen Ländern und Gebieten ausserhalb Oesterreichs hat, die von der betreffenden Besatzungsmacht besetzt sind. Mit einem Wort, Oesterreich ist kein einheitliches Wirtschaftsgebiet, sondern zerfällt, abgesehen von den besondern Verhältnissen in Wien, in vier selbständige Wirtschaftsgebiete. Während in der amerikanischen Zone (Salzburg und Oberösterreich) Salz im Ueberfluss vorhanden ist und zu Kompensationsgeschäften mit Ländern ausserhalb Oesterreichs verwendet wird, leiden vor allem Niederösterreich und das Burgenland an absolutem Salzmangel. Während in Oberösterreich Butter überschüssig ist, gibt es in Wien fast keine Butter. Während in den westlichen Zonen wenigstens geringe Quoten an Rauchwaren zur Ausgabe gelangen, ist in der östlichen Zone seit April 1945 nur zweimal eine Ausgabe an Rauchwaren erfolgt, die zusammen nicht einmal 20 Stück Zigaretten pro Mann beträgt. Während Wiens Bevölkerung und vor allem die Jugend an Milchmangel leiden, gibt es in den westlichen Gebieten Ueberschuss. Es ist nicht möglich, aus der Steiermark Eisen und Stahl nach Wien und Niederösterreich zu bekommen, während in der Steiermark davon reichliche Vorräte vorhanden sind. Aehnlich liegt es mit Grubholz und Holz für sonstige Industriezwecke. Die Reihe dieser Beispiele könnte ins Endlose weitergeführt werden!

In der russischen Zone, wo während der Kriegshandlungen Kämpfe an verschiedenen Stellen zum Stehen kamen, sind viele Betriebsanlagen und Betriebseinrichtungen zerstört worden, und es herrscht dort ein unvorstellbarer Mangel an Verkehrs- und Transportmitteln. In den westlichen Zonen sind die Verhältnisse wesentlich günstiger, weil dort von den SS-Horden nur fallweise Zerstörungen vorgenommen worden sind.

Die Arbeiterschaft Oesterreichs hat sich fast noch während der Kämpfe in den Dienst des Wiederaufbaues der österreichischen Wirtschaft gestellt. Wien und Niederösterreich vor allem waren Kampfgebiete und haben baulich schwer gelitten. Unter den zerstörten Objekten befinden sich viele Betriebe. Darüber hinaus haben die alliierten Fliegerformationen an den Industrieobjekten schwere Zerstörungen hervorgerufen! Trotz dieser fast hoffnungslosen Lage

haben die österreichischen Arbeiter und Angestellten aus eigener Initiative alles für den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft eingesetzt. Die Unternehmer und Betriebsleiter waren geflohen. Die Arbeiterschaft hat die Maschinen buchstäblich aus dem Schutt herausgearbeitet, die Betriebe von Schutt befreit. Dies alles unter den schwierigsten Umständen. Die Arbeiter hatten dabei unter grösstem Lebensmittelknappheit zu leiden, mussten den Weg zur Arbeitsstätte zu Fuß zurücklegen und bekamen wochenlang keinen Groschen Lohn. Die Wirtschaft kam allenthalben in Gang. Aber nur zu bald machte sich die Wirksamkeit der Abschliessung infolge der Demarkationslinie bemerkbar.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat am 1. September 1945 in Wien eine grosse Tagung abgehalten, an der die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner und die Betriebsräte Wiens und seiner Umgebung teilnahmen. Die Tagung nahm zu den wichtigsten Fragen der österreichischen Volkswirtschaft Stellung und hat eine Entschliessung angenommen, in der es unter anderem heisst:

« Bei dem herrschenden Mangel an Lebensmitteln, Kohle, Rohstoffen und Transportmitteln ist Österreichs Volk allein nicht imstande, seiner trostlosen wirtschaftlichen Lage Herr zu werden. Der Österreichische Gewerkschaftsbund ruft daher die Regierungen der Vereinten Nationen um Hilfe an und sieht als die wichtigsten Voraussetzungen einer solchen die Erfüllung folgender Notwendigkeiten:

1. Ausreichende Zufuhr von Nahrungsmitteln.
2. Bereitstellung von Transportmitteln.
3. Kohlenzufuhr für die Industrie, Energieversorgung, Eisenbahnen und Hausbrand.
4. Aufhebung der Demarkationslinien.
5. Vorläufige Festsetzung der österreichischen Grenzen und Ermächtigung der österreichischen Staatsregierung zur Sicherung derselben.
6. Weitere Rückführung der Vollarbeiter, die sich derzeit jenseits der Demarkationslinie und in Gefangenschaft befinden.
7. Unterbindung des Geldzustroms. »

Aus diesen sieben Punkten sind die wichtigsten Notwendigkeiten ersichtlich. Es sei noch beigefügt, dass bis Anfang Dezember 1945 in Österreich noch die deutschen Zahlungsmittel gültig waren. In den angrenzenden Staaten waren die deutschen Zahlungsmittel ausser Kraft gesetzt worden, und man brachte diese daher nach Österreich, was um so leichter durchführbar war, als Österreich auch keine Möglichkeit hatte, seine Grenzen zu schützen!

Die Nazis waren nach dem westlichen Teil Österreichs geflohen, wo sie zum Teil noch heute ein herrliches Leben führen. Eine grosse Zahl von Betrieben, darunter die grössten, waren ohne Führung. Um ihnen eine solche zu geben, beschloss die provisorische Staatsregierung ein Gesetz, wonach für solche Betriebe

öffentliche Verwalter eingesetzt werden. Alles in allem (auch die kleinsten Betriebe einbezogen) gibt es in der russischen Zone 6000 öffentliche Verwalter. Die öffentlichen Verwalter führen die Betriebe unter Mitarbeit der Arbeiter und Angestellten und brachten diese und damit die Wirtschaft wieder in Gang. Die öffentlichen Verwalter unterstanden der Regierung und waren dieser verantwortlich. Im Januar 1946 musste auf Grund einer Verfügung der alliierten Militärbehörden das österreichische Parlament ein Gesetz beschliessen, das folgende wichtige Änderungen brachte:

« Die öffentlichen Verwalter bleiben solange in ihrer Stellung, bis die Besatzungsbehörden in jeder Besatzungszone über deren Belassung, Vertretung oder Abberufung eine Entscheidung getroffen haben. »

Bei ihrer Tätigkeit werden die Verwalter im Interesse der Mächte oder Privatpersonen gemäss den Befehlen handeln, die ihnen von den Vertretern der alliierten Mächte in der Zone, in der sich das Vermögen befindet, erteilt werden.

Die Verwalter bleiben in bezug auf ihre Tätigkeit persönlich und materiell den alliierten Mächten und allen interessierten Personen verantwortlich. »

Damit wurde ein Zustand geschaffen, der weiter dazu beiträgt, dass in jeder Zone nach anderen Gesichtspunkten gewirtschaftet wird und ein angebahntes Zusammenarbeiten von Industrien, deren Betriebe in verschiedenen Zonen liegen, zerstört.

In solch trostloser wirtschaftlicher Lage befindet sich Österreichs Wirtschaft. An eine Aufhebung der Demarkationslinien wird nicht geschritten. Es wird weiter gewurstelt! Die Preise steigen. Wenn auch die zur Verfügung stehende Menge von Lebensmitteln gering ist und Kleidung und Schuhe derzeit überhaupt nicht zu haben sind, so macht sich die Teuerung doch bemerkbar. Dabei ist von den Alliierten ein Lohnstopp festgesetzt worden, und es ist bis jetzt keine Anpassung der Löhne möglich. Bedenkt man, dass die deutsche Lohnsteuer noch in Kraft ist, die oft ein Vielfaches der seinerzeitigen österreichischen Steuer ausmachte, und anderseits jene Löhne noch gelten, die unter der seinerzeitigen niedrigen österreichischen Lohnsteuer bezahlt wurden, so ergibt sich eine weitere Senkung des Reallohnes. Die Inlandpreise für wichtige Rohstoffe, auch Kohle, sind wesentlich niedriger als die Auslandspreise, die geringste Einfuhr wirkt preisteigernd, anderseits besteht die Gefahr des Ausverkaufs.

Bei den Lebensmitteln hielt der Nationalsozialismus die Preise durch Zuschüsse. Die österreichische Regierung erklärt, diese Zuschüsse nicht weiter halten zu können. Sie werden abgebaut, wodurch die Preise wiederum steigen. Es lässt sich derzeit nicht berechnen, um wieviel bereits der Real-

lohn der österreichischen Arbeiter und Angestellten gesunken ist. An der nazistischen Lohnsteuer wird von unserem Finanzminister festgehalten, weil er erklärt, dass sie derzeit die Haupteinnahme des Staates bilde und nicht entbehrt werden kann! Die Besatzungskosten sind sehr hoch und zehren ebenfalls am österreichischen Volksvermögen.

Die Eigentumsrechte an ehemals österreichischem Besitz sind nicht geklärt. Nach den Potsdamer Beschlüssen hat Oesterreich zwar keine Reparationen zu leisten, jedoch wird reichsdeutsches Eigentum im Ausland zur Wiedergutmachung herangezogen. Ungeklärt ist noch, was alles davon getroffen wird. In Oesterreich gibt es wohl Betriebe, die von den Reichsdeutschen selbst errichtet wurden, daneben wurden aber auch die meisten andern Betriebe gewaltsam in reichsdeutschen Besitz übergeführt. Fallen diese Betriebe und sonstigen Vermögen auch unter diese Bestimmungen? Darüber gibt es noch keine einheitliche Auffassung bei den Alliierten.

Die Spannungen unter den Grossmächten fanden auch ihren Niederschlag in den wirtschaftlichen Verhältnissen des kleinen, so schwer mitgenommenen Oesterreichs.

Alles in allem ist die Lage der österreichischen Volkswirtschaft und damit der österreichischen Arbeiter und Angestellten eine solche, dass nicht abgesehen werden kann, wie sie ohne durchgreifende Reformen, vor allem durch die Aufhebung der Demarkationslinien und der Besetzung, verbessert werden könnte. Die österreichische Gewerkschaftsbewegung steht damit vor Problemen, wie sie wohl noch in keinem Staat im Interesse der Arbeiter und Angestellten zu lösen waren. Ohne ausreichende Hilfe von aussen, die über das bereits Gesagte hinausgeht, kann wohl an einen wirklichen Wiederaufbau der österreichischen Volkswirtschaft nicht gedacht werden, ja nicht einmal an die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes!
